

Teil von Deutschland

Syrien ist nicht sicher, trotzdem wollen die CDU-Innenminister dorthin abschieben. Syrische Aktivisten organisieren Widerstand – und nebenbei sich selbst | Von Kristin Helberg

Deutschlands Innenminister machen mobil. Nach Recherchen der Welt am Sonntag prüfen mehrere unionsgeführte Bundesländer, wie sie syrische Gefährder so schnell wie möglich abschieben können, darunter Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein. Zum 1. Januar ist der Abschiebestopp nach Syrien ausgelaufen, nachdem sich die CDU-Minister bei der Innenministerkonferenz im Dezember geweigert hatten, einer weiteren Verlängerung zuzustimmen. Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass es in Syrien inzwischen „sichere Gebiete“ gebe, in die Straftäter und Gefährder zurückgeschickt werden könnten. Diese hätten ihr Gastrecht verwirkt und stellten eine Gefahr für die deutsche Gesellschaft dar.

Für die etwa 800000 in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrer ist diese Entwicklung ein Schock. Nicht weil sie ein Herz für Schwerverbrecher und Extremisten hätten – viele würden diese gerne so schnell wie möglich loswerden, schließlich werfen sie ein schlechtes Bild auf die syrische Gemeinschaft insgesamt – sondern weil sie wissen, dass es in Syrien keine Sicherheit gibt, und fürchten, über kurz oder lang selbst ausreisen zu müssen.

Die politisch Engagierten betrachten das Ende des Abschiebestopps außerdem als einen fatalen Schritt in Richtung Rehabilitierung des Regimes von Präsident Bashar al-Assad. Denn an wen sollen die Kriminellen in Syrien übergeben werden? An die Sicherheitsdienste, deren ehemalige Mitarbeiter gerade wegen Mord und systematischer Folter vor dem Oberlandesgericht in Koblenz stehen? Möchte Horst Seehofer Kontakt zum obersten Geheimdienstkoordinator Ali Mamluk aufnehmen, der per



Flagge (der syrischen Revolution) zeigen: Demonstranten in Köln 2020

internationalem Haftbefehl gesucht wird, oder mit seinem Amtskollegen, dem syrischen Innenminister, der wie alle Kabinettsmitglieder auf der Sanktionsliste der EU steht? Am liebsten würden die CDU-Innenpolitiker ihre Auslieferungen wohl über den Libanon und Jordanien abwickeln, die mit dem syrischen Regime zusammenarbeiten. Aber auch das widerspricht dem deutschen Grundgesetz und der europäischen Menschenrechtskonvention.

Mehr als 100000 Menschen sind seit 2011 in syrischen Haftzentren verschwunden, darunter mehr als 700 Rückkehrer, wie das Syrische Netzwerk für Menschenrechte (SNHR) dokumentiert hat. Allein im vergangenen Jahr wurden laut SNHR 89 Syrer nach ihrer Einreise – meist aus dem Libanon – verhaftet oder zum Geheimdienst einbestellt und sind nicht wieder aufgetaucht. Manche von ihnen hatten sich zuvor von Sicherheitsbehörden oder Botschaften bestätigen lassen, dass nichts gegen sie vorliege. Gerade junge Männer müssen immer damit rechnen, zum Militärdienst eingezogen und direkt an die Front nach Idlib geschickt zu werden.

Hinzu kommt, dass abgeschobene Extremisten in Syrien nicht sicher verwahrt wären, sondern von den Geheimdiensten zur Durchsetzung eigener Interessen eingesetzt würden. Das Assad-Regime nutzt Dschihadisten seit Jahren zum eigenen Machterhalt – mal gegen seine Gegner im Inneren, mal gegen Feinde von außen. Assad ist folglich kein Partner im Kampf gegen den Terrorismus, sein Regime ist ein Inkubator des Terrors. Wer die Menschen hierzulande vor den insgesamt 90 Gefährdern mit syrischen Wurzeln schützen möchte, sollte diese lassen, wo sie sind: in deutschen Gefängnissen oder unter Beobachtung deutscher Sicherheitskräfte.



KRISTIN HELBERG

Ist Journalistin und Syrien-Expertin. Sie arbeitet für die ARD, den ORF und andere Sender. Im vergangenen Jahr erschien ihr Buch „Der Syrien-Krieg: Lösung eines Weltkonflikts“ (Herder).

Jeder einmal in Berlin

Selten war die Rolle der Ministerpräsidenten so wichtig – und so umstritten | Von Andreas Rinke

Es ist nicht die glücklichste Phase, die die 16 Ministerpräsidenten, die die Kanzlerin und der deutsche Nachkriegsföderalismus derzeit erleben. Probleme bei Impfterminen, Schulpolitik, Ausgangssperren, Schließungen, Öffnungen – fast täglich prasselt die geballte Unzufriedenheit der Deutschen auf Landeschefs und den Bund ein. Sonnten sich Bund und Länder im Sommer 2020 noch darin, dass man gemeinsam gut durch die erste Pandemie-Welle gekommen war, so zehrt jetzt die anhaltende Krise an den Nerven. Das Murren über Fehler in Kommunen, Ländern und Bund und einen Flickenteppich an unterschiedlichen Corona-Maßnahmen setzt sich fest.

Paradoerweise ist genau dies ein Zeichen für eine aufgewertete Rolle der Ministerpräsidenten im politischen Gefüge: Hagelte es in den vergangenen Jahren schon einmal Spott über „Merkel und ihre 16 Zwerg“, weil die Kanzlerin allzu mächtig erschien, so ist die Rollenverteilung jetzt eine ganz andere: Merkel scheint mit 16 Neben-Kanzlern und -Kanzlerinnen zu regieren – die plötzlich auch in Scharen die Talkshows bevölkern.

Nun gehören Ministerpräsidenten im föderalen Nachkriegsdeutschland schon immer zu den mächtigen politischen Akteuren. Sie wurden von den Republikgründern bewusst mit vielen Kompetenzen ausgestattet, um die Macht einer Bundesregierung zu begrenzen.



ANDREAS RINKE

Ist politischer Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters.

Über Jahrzehnte bildeten sie die Reservegarde für das Kanzleramt. „Jeder Ministerpräsident, der ein großes Land regiert, kann auch Bundeskanzler“, verkündete Nordrhein-Westfalens Landeschef, der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet, erst kürzlich selbstbewusst. Früher profilierten sich etwa Helmut Kohl oder Gerhard Schröder über ihre Landesvater-Rollen für höhere Weihen.

Doch in der Ära Merkel, die nie in der Landespolitik tätig war, schien der Trend gestoppt worden zu sein – was manche Beobachter auch mit dem rauen Großstadtwind nach dem Regierungsumzug nach Berlin erklärten. Im kleinen Bonn waren die Regierungschefs kleiner Bundesländer fast automatisch wichtig. Im großen Berlin hatte man dagegen den Eindruck, als ob plötzlich ganz andere, riesige Scheinwerfer auf die Ministerpräsidenten gerichtet sind – die deshalb ganz anders ausgeleuchtet werden. In der Folge wirkten alle Ländervertreter kleiner. Eine Ausnahme bildet nur der bayerische Ministerpräsident, der in unionsgeführten

Bundesregierungen als CSU-Vorsitzender und Mitglied der Koalitionsausschüsse automatisch mehr Mitsprache genießt.

Kein Wunder, dass Länderchefs in den vergangenen Jahren eher abwinkten, wenn eine Rolle in der Berliner Politik zu vergeben war. Die Fallhöhe war zu groß geworden. Als etwa der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck versuchte, für die SPD auf die Bundesebene zu springen, scheiterte er. Denn was in Mainz noch als Lokalkolorit galt, wirkte im gleißelnden Licht der Berliner Polit-Scheinwerfer seltsam deplatziert. Saarlands Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer wechselte als strahlende Siegerin der Landtagswahlen im äußersten Südwesten ins Amt der CDU-Generalsekretärin – schaffte aber nicht den Sprung ganz an die Spitze.

Doch zum Ende der Ära Merkel stellt sich die Frage, ob ihre Amtszeit nicht vielleicht die große Ausnahme darstellt. Denn jetzt schickt die SPD mit Finanzminister Olaf Scholz einen früheren Hamburger Ersten Bürgermeister ins Rennen um das Kanzleramt. Und in der Union wird die K-Frage mit großer Wahrscheinlichkeit zwischen den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens und Bayerns entschieden.

Das liegt auch am neuerlichen Bedeutungsgewinn: Wenn Merkel bei den Bund-Länder-Runden von zwei Landeschefs eingerahmt auftritt, wirken diese wie Aufpasser. So groß

Mobil machen deshalb nicht nur die Innenminister, sondern auch die Syrerinnen und Syrer. Über Wochen protestierten Aktivisten in Berlin, Weimar und andernorts gegen das Ende des Abschiebestopps. Sie berichteten in Online-Veranstaltungen und mit der Kampagne #SyriaNotSafe über die anhaltenden Verbrechen des Assad-Regimes und erklärten unter Verweis auf die Einschätzung des Auswärtigen Amtes, dass ein Willkür- und Überwachungsstaat wie Syrien auch dann nicht sicher sei, wenn weniger Bomben fallen.

Am Ende half alles nichts, den Kampf um den Abschiebestopp haben sie verloren. Dafür sind die Aktivistinnen und Aktivisten an einer anderen Front vorangekommen – sie haben sich bundesweit koordiniert, Verbündete gefunden und gemeinsame Aktionen organisiert. Das Thema Abschiebung hat Syrerinnen und Syrer über ideologische Gräben und gesellschaftlichen Risse hinweg geeint und dadurch gezeigt, welche Möglichkeiten die syrische Diaspora in sich birgt.

Als zweitgrößte migrantische Gemeinschaft in Deutschland haben sie Gewicht. Schon jetzt gibt es Dutzende syrische Vereine und Initiativen, die sich engagieren. Sie organisieren humanitäre Hilfe für ihre Landsleute vor Ort, helfen bei der Integration Geflüchteter, klären interessierte Deutsche über den Konflikt und seine Ursachen auf und sind politisch aktiv bei Themen, die sowohl Deutschland als auch die Syrer betreffen. In acht bis zehn Jahren wird es mehrere Hunderttausend neue deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit syrischen Wurzeln geben. Höchste Zeit, sie nicht mehr nur als hilfsbedürftige Opfer oder bedrohliche Täter zu sehen, sondern ihr Potenzial als aktive Mitglieder dieser Gesellschaft freizusetzen.

Die Politik zeigt sich dafür offen. Das Thema syrische Diaspora ist in aller Munde – nicht zuletzt, weil die Bundesregierung und ihre europäischen Partner im Konflikt selbst kaum Handlungsoptionen haben. Ohne Einfluss auf die Lage in Syrien konzentriert man sich auf die Exil-Gemeinde. Ministerien und Institutionen, Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen suchen Ansprechpartner, syrische Vereine wünschen sich Unterstützung. Die Frage ist, wie beide Seiten besser zueinander finden könnten.

Die syrische Diaspora ist kein einheitlicher Block, sondern besteht aus einer Vielzahl an Gruppen mit verschiedenen Identitäten und Interessen. Die Gründe für diese Zersplitterung liegen nach 50 Jahren Diktatur auf der Hand. Generationen von Syrerinnen und Syrern durften weder frei denken noch sich kritisch äußern, sie konnten sich nicht organisieren, waren von Angst gesteuert und zum Gehorsam verdammt. Gesellschaftliche Diskurse haben sie nie erlebt, ein politisches Bewusstsein kaum entwickelt, die Fähigkeit zur differenzierten Debatte, zum sachlichen Kompromiss und zu institutioneller Zusammenarbeit konnten sie erst mit Beginn der Revolution an Orten außerhalb der Kontrolle des Regimes erlernen. Dessen Einfluss reicht jedoch bis ins Exil, und das Misstrauen gegenüber dem anderen sitzt nach zehn Jahren Krieg noch tiefer als zuvor.

Wichtig ist deshalb der innersyrische Dialog, die Verständigung auf grundlegende Prinzipien und das offene und respektvolle Aushandeln von gemeinsamen Zielen. Dafür bräuchte es Unterstützung – damit die Syrer bei Themen, die sie betreffen, besser zusammenarbeiten, mehr Gehör finden und Teil der politischen Szene in Deutschland werden.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

Ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Plappern

Kurz und knackig. Kein Wunder, dass die Replik Angela Merkels aus der digitalen Corona-Gesprächsrunde mit den Ministerpräsidenten den Weg an die Öffentlichkeit fand: „Das lasse ich mir nicht anhängen, Frau Schwesig, dass ich Kinder quäle und die Arbeitnehmer missachte.“ Weil auch die Sozialdemokratin Malu Dreyer im Sinne ihrer Parteifreundin Schwesig gesprochen hatte, kam die Frage auf, ob die Beratung vom Wahlkampf geprägt war. Merkels Antwort klang nach einem „eher nicht“. Michael Müller, Berlins (noch) Regierender Bürgermeister, reagierte mit einem „wirklich nicht“. Markus Söder aus Bayern hörte sich – immerhin – fast nach einem „sowohl als auch“ an. Einerseits: „Wenn Herr Müller sagt, dass das Gespräch überhaupt nicht vom Wahlkampf geprägt war, dann stimmt das sicherlich.“ Andererseits: „Ein paar kleine Linien konnte man ab und zu erkennen.“ Kurz nach der Sitzung wichen Winfried Kretschmann und Dreyer, was die Öffnung von Schulen anging, von angeblich gemeinsamen Positionen ab. Kamen sie ihrer Pflicht nach? War das Wahlkampf? Dreyer (Rheinland-Pfalz) und Kretschmann (Baden-Württemberg) haben im März Landtagswahlen, Schwesig (Mecklenburg-Vorpommern) im September. Wie sehr die Seuche den Kalender beeinflusst, zeigt die Verschiebung der – zunächst für April geplanten – Thüringen-Wahl auf September. Zum Glück wohl für Bodo Ramelow, der sich in einer Audio-Konferenz zum Corona-Thema peinlichst verplappert hatte, was im Herbst vielleicht wieder vergessen ist.

Merkel hat gesagt, zum Ende des Sommers, mithin am 21. September, werde jeder, der wolle, geimpft worden sein. Kurz vor der Bundestagswahl also. Offen aber ist, welchen Einfluss die Seuche auf den Wahlkampf haben wird. Hat sich die Lage bis dahin entspannt? Sind die Menschen dann des Themas und seiner Protagonisten überdrüssig? Wem werden Erfolge und Misserfolge angerechnet? Es heißt, nicht aus Dank für zurückliegende Erfolge entschieden sich die Wähler, maßgeblich sei vielmehr, wem sie zutrauen, die Zukunft zu gestalten. Doch ist das nur die halbe Wahrheit. Leistungen in der Gegenwart sind die Grundlage für Glaubwürdigkeit – der Wahrung der Politik. Entscheidungen, Rücksichtnahmen, Alleingänge, Schuldzuweisungen und sogar Selbstbezüglichungen („Wir werden einander viel verzeihen müssen“) gehören zum Wettstreit um Vertrauen. Warum auch nicht, was denn sonst? Wahlkampf ist der Humus der Demokratie.

DER HAUPTSTADTBRIEF.

Lesen Sie mehr vom Hauptstadtbrief – diese Woche:

Coronajubiläum – Ulrich Frei von der Berliner Charité zieht eine differenzierte Zwischenbilanz. So viel kann aber schon mal sagen: Wenn es Spaß machen würde, hieß es Fundemie. *Rohrkrepieler* – Tom Stevenson erklärt den internationalen Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2: Die Bundesregierung steht auf der Leitung. Und in ihrer Kolumne *Auf den zweiten Blick* klärt Inge Kloepfer die Sache mit dem glottalen Plosiv – jene kurze Pause, wenn man und frau „Sprachforscher_innen“ sagt. www.derhauptstadtbrief.de.